

Pressemitteilung

NaGeB warnt vor kommunaler Verpackungssteuer

Verband der Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft Bremen erwartet bürokratische Mehrbelastung ohne spürbaren Nutzen bei Einführung der Abgabe im Land Bremen

Bremen, 25.07.2025 – Der Verband der Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft im Land Bremen und Umland (NaGeB e.V.) spricht sich klar gegen die Einführung kommunaler Verpackungssteuern aus und bezieht sich dabei unter anderem auf Tübingen als bundesweiten Vorreiter, wo bereits Anfang 2022 die lokale Abgabe eingeführt worden ist: Erste Erfahrungen dort zeigten, dass eine solche Steuer bisher keine nachhaltige Reduzierung von Einwegverpackungen und somit keinen spürbaren ökologischen Benefit bewirkt habe. So werden in Tübingen p.a. rund **800.000 Euro** an Einnahmen durch die Verpackungssteuer erzielt – ein Zeichen dafür, dass der Verbrauch von Einwegverpackungen weiterhin hoch bleibe.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine **Studie der Universität Tübingen (2023)**, mit der die Wirkung der dortigen Verpackungssteuer untersucht worden ist. Dabei konnte nachgewiesen werden, dass sich das Müllgewicht im öffentlichen Raum nicht signifikant verringerte, auch wenn sich das Mehrwegangebot in der Gastronomie verbesserte. Allerdings blieb unberücksichtigt, dass gerade das Volumen an Einwegverpackungen ebenfalls eine große Rolle spielt.

Keine belegbaren Erfahrungswerte, die den Einsatz kommunaler Verpackungssteuern rechtfertigen

„Es fehlen belegbare Erfahrungswerte, die zeigen, dass kommunale Verpackungssteuern tatsächlich eine Reduzierung von Einwegverpackungen bewirken“, konstatiert Mirko Oeltermann, Vorsitzender des NaGeB, „bereits heute bestehen umfangreiche gesetzliche Regelungen zur Reduzierung von Verpackungsabfällen – darunter die **Verpackungsverordnung (VerpackG)** und das neue **Einwegkunststofffondsgesetz (EWKFondsG)**, das Unternehmen verpflichtet, sich finanziell an der Sammlung und Entsorgung von Einwegkunststoffprodukten zu beteiligen. Diese gesetzlichen Vorgaben bedeuten für unsere Mitgliedsunternehmen bereits erhebliche Kosten und bürokratischen Aufwand – eine zusätzliche kommunale Verpackungssteuer wäre eine doppelte administrative und finanzielle Belastung, ohne dass sie tatsächlich etwas verändert“, so Oeltermann.

Mehr Bürokratie, höhere Betriebskosten und steigende Verbraucherpreise

Unternehmen müssten mehr Personal- und Verwaltungsaufwand, u.a. durch zusätzliche Dokumentationspflichten stemmen, was vor allem kleine und mittlere Betriebe zusätzlich belastet und die Verbraucher mit höheren Preisen trifft. Oeltermann verweist in diesem Zusammenhang auf das **Faktenpapier des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) vom 24. Februar 2025**

<https://www.dihk.de/resource/blob/129242/5f717645577556ce7f8b98c5730b352d/dihk-faktenpapier-kommunale-verpackungssteuer-data.pdf>:

„Auch das DIHK-Faktenpapier zum Thema verdeutlicht, dass ein großer Teil der Steuereinnahmen durch Verwaltungskosten aufgezehrt wird und nur ein Bruchteil für Umweltschutzmaßnahmen verbleibt. Zudem arbeitet das Vorhaben kleinteiliger kommunaler Verpackungssteuern direkt

gegen die Ziele des Bürokratieentlastungsgesetzes und konterkariert dessen Bestrebungen, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen und Behörden zu reduzieren.“

Probleme bei Mehrweg – besonders in Tourismusregionen

Hinzu komme, so Oeltermann, dass Mehrwegsysteme – bislang vor allem von Einwohnern genutzt werden, wie Erfahrungen aus Tübingen zeigten. Touristen hingegen nutzten meist weiter Einwegverpackungen. Für Bremen und Bremerhaven, die verstärkt auf den Tourismus setzen, sei das besonders problematisch, wie Mirko Oeltermann erläutert. „Unterschiedliche kommunale Regelungen führen hier zu enormem bürokratischen Aufwand – nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Verwaltung.“

„Nur einheitliche Lösungen, idealerweise gemeinsam mit Niedersachsen oder sogar bundesweit, schaffen verlässliche Anreize, damit auch Touristen Mehrwegsysteme nutzen“, betont Oeltermann. „Die Lebensmittelwirtschaft steht einer Reduzierung des Verpackungsmülls positiv gegenüber – aber kommunale Alleingänge sind nicht zielführend.“

Appell für gemeinsame Lösungen

Der Verband ruft Bund, Länder und Kommunen auf, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und statt kleinteiliger Insellösungen auf einheitliche, praxistaugliche Regelungen zu setzen. „Wir appellieren an Politik und Wirtschaft, jetzt gemeinsam konstruktive Lösungen zu entwickeln, die nachhaltig wirken und die regionale Wirtschaft nicht überfordern. Nur mit einem einheitlichen Ansatz und enger Zusammenarbeit lässt sich der Verpackungsmüll effektiv reduzieren“, so Mirko Oeltermann abschließend.

Der NaGeB e.V. – Verband der Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft Bremen – ist die zentrale Interessenvertretung der Lebensmittelbranche im Land Bremen und Umland. Mit über 10.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in mehr als 250 Unternehmen zählt die Branche zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen der Region. Der Verband vereint Unternehmen aller Größenordnungen – vom Start-up über den Mittelstand bis hin zum Großkonzern – und fördert den Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Ziel ist es, die Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft als Innovations- und Kompetenzzentrum zu stärken und die regionale Wertschöpfung nachhaltig zu sichern. Dabei setzt der NaGeB auf praxisorientierte Netzwerke, politische Interessenvertretung und die Förderung von Fachkräften und Start-ups. Der Verband ist zudem aktiver Partner in regionalen Initiativen und engagiert sich für die Sichtbarkeit der Branche unter dem Leitbild „Bremen schmeckt!“.

Weitere Informationen finden Sie hier:



Medienkontakt: Mirko Oeltermann

E-Mail: m.oeltermann@baeko-bremerhaven.de

Mobil: +49 172846626

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d). Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.